

An die
Österreichische Bundesregierung
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer
An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz
An das Präsidium des Nationalrats

Wien, den 27.10.2014

Per Email an: kultusamt@bka.gv.at
Mit Kopie an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Stellungnahme des Ersten Jahrgangs des *Abendkollegs für Kindergartenpädagogik (BAKIP 12)* zum Entwurf des neuen Islamgesetzes

Wir sind eine Gruppe junger muslimischer Frauen, die am *Abendkolleg für Kindergartenpädagogik (BAKIP 12)* im ersten Jahrgang studieren. Die meisten von uns sind österreichische Staatsbürger, wir fühlen uns integriert und haben einen pädagogischen Beruf gewählt, der zukunftsweisend für die weitere Integration der muslimischen Gemeinschaft in Österreich ist.

Wir sind stolz auf die besondere Situation Österreichs in Europa: Uns geht es hier weitaus besser als in vielen anderen Ländern; auch unsere religiösen Freiheiten genießen wir hier stärker als in vielen islamischen Ländern. Wenn wir unsere Lage mit Deutschland vergleichen, waren wir bisher immer sicher, dass uns das dortige Schicksal von Ausgrenzung, Gängelei und staatlicher Bevormundung erspart bleibt.

Das 100-jährige Jubiläum des Islamgesetzes hat uns mit Stolz erfüllt. Warum also ein neues Islamgesetz? Wir haben von dem Prozess der Verhandlungen nichts erfahren. Jetzt begreifen wir mit Erschrecken, dass uns ein Gesetz aufgedrängt wird, durch das wir uns nicht vertreten fühlen. Wir haben kein neues Gesetz gewünscht, wir haben nur indirekt von diesem Gesetz mitbekommen und sahen daher keinen Bedarf, uns einzumischen und zu protestieren. Soll unsere Naivität uns jetzt zum Verhängnis werden?

Wie sollen wir auf einen Gesetzesentwurf reagieren, in dem es heißt: „*Auch ihre Lehren, ihre Einrichtungen und Gebräuche genießen diesen Schutz, sofern sie nicht mit gesetzlichen Regelungen in Widerspruch stehen.*“ Wir fühlen uns hier vorverurteilt. Als KindergartenpädagogInnen lernen wir, dass wir ohne Vorurteile erziehen sollen. Wenn eine Pädagogin Kinder vorverurteilt, wird sie doch nur negative Reaktionen ernten. Wie sollen unsere jugendlichen Muslime reagieren, wenn man Ihnen den Eindruck vermittelt,

besonders bei ihrer Religion gäbe es im Widerspruch zum Gesetz stehende „Lehren und Gebräuche“.

Wir fordern nichts anderes als gleiche Rechte, wie sie alle andere Religionsgemeinschaften in Österreich genießen. Man verlangt von uns, dass wir auf Kinder und Jugendliche deradikalisierend wirken. WIR als zukünftige Kindergärtnerinnen sind der Schlüssel zur Integration dieser Jugendlichen. Aber wenn wir uns ausgegrenzt fühlen, wird es schwierig sein, den Kindern Offenheit und Sympathie zu vermitteln.

Wir vernehmen auch mit Schrecken, dass in den Medien immer häufiger negativ über islamisch geführte Kindergärten berichtet wird. Unsere Kindergärten und unser Programm sind öffentlich. Wir haben keine Geheimnisse und laden alle ein, sich selbst ein Bild von diesen Kindergärten und Kindergruppen zu machen. Ist zwischen Berichterstattung und politischem Handeln hier ein Zusammenhang?

Wenn dieses Gesetz Realität wird, was kommt danach? Kündigt sich hier nicht schon an, dass der Staat UNSERE Religion definieren will?

Warum wird uns dieses Gesetz genau in einer Zeit präsentiert, in der es im Nahen Osten Genozid und Krieg gibt, wovon wir Muslime in Österreich uns doch ohnehin ununterbrochen distanzieren. Nutzt man hier politisch die Gunst der Stunde, um mit den herrschenden Vorurteilen gegen Muslime politisch auf Stimmenfang zu gehen? Wenn man heute mit uns so respektlos umgeht und wenn die Politik sich von den realen Problemen abwendet, um zu polarisieren, dann fragen wir: Welche sozialen, religiösen und ethnischen Gruppen wird es morgen treffen?

Wenn die zukünftige islamische Theologie an der Universität ohne Einspruchsrecht der Glaubensgemeinschaft eingerichtet werden soll, wer garantiert uns, dass nicht morgen Professoren im Namen der Wissenschaft, Lehren entwerfen, die nicht mit unserem Selbstverständnis übereinstimmen? Religion kann nur glaubhaft vermittelt werden, wenn das Lehrpersonal vom Mainstream der diese Religion praktizierenden Menschen auch anerkannt und geschätzt wird.

Viele von uns kommen aus Ländern, in denen man traurige Erfahrungen mit der staatlichen Kontrolle von Religion gemacht hat. In vielen dieser Länder versuchte man jahrzehntelang, in die religiösen Auffassungen der Menschen einzugreifen, was diese Bürger erst recht von ihrem Staat entfremdet hatte.

Wir fordern eine Zurücknahme dieses Gesetzes, das unser Vereinsleben aushöhlt, uns ungleich behandelt und es uns schwierig macht, mit Optimismus in die Zukunft zu blicken. Unsere islamischen Vereine versuchen unter schwierigsten Bedingungen, Jugendliche von Drogen, Alkohol und Spielsucht fernzuhalten. Immer mehr öffnen sich unsere Moscheen und Vereine und bieten Bildungsangebote (Kurse, Nachhilfe, Fortbildung) an, welche Defizite in der allgemeinen Bildungslandschaft ausgleichen und den Jugendlichen Perspektiven vermitteln. Sollen diese Vereine, in denen viele von uns tätig sind, ständig unter der Bedrohung, jederzeit vom Staat geschlossen werden zu können, noch vital weiteragieren können?

Wir wissen, dass es Kräfte gibt, die auf Abgrenzung und Gruppenbildung setzen. Damit haben wir nichts zu tun.

Geben Sie denjenigen, welche Polarisierung benötigen, um ihre Interessen durchzusetzen, nicht die Möglichkeit, dass sie ihre düsteren Prognosen bestätigt sehen! Stoppen Sie dieses Gesetz und setzen Sie einen Prozess von Neuverhandlungen in Gang, den wir alle mitbeobachten dürfen!

Die Studierenden des 1. Jahrgangs der BAKIP 12

*Zehra Mutlu
Emine Reyhan
Busra Sanyilmaz
Betul Nur Demirci
Figen Arslan
Arta Spahija
Elma Arifi
Zarife Polat
Kadrie Daut
Asli Aydin
Faten Al Sous
Betul Akkaya
Medina Sultanova
Karina Sultanova
Fethiye Güldürü
Tuba Karabulut
Seyhan Kandemir*